

**DRINGLICHE INTERPELLATION** von Ernst Wohlwend (SP, Winterthur), Hans Peter Amstutz (EVP, Fehraltorf) und Urs Kaltenrieder (SP, Regensdorf)

betreffend drohenden Vollzugsnotstand für die Landbezirke bei der Einweisung in stationäre Kinder- und Jugendeinrichtungen

---

Kanton und Stadt Zürich haben angesichts der angespannten Finanzlage drastische Sparmassnahmen bei der stationären Kinder- und Jugendhilfe ergriffen, die eine Verknappung des Angebotes zur Folge haben und vor allem für die Landbezirke einen eigentlichen Vollzugsnotstand befürchten lassen. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Folgen der Sparmassnahmen von Kanton und Stadt Zürich bei der Kinder- und Jugendhilfe?
2. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen, um
  - einen Vollzugsnotstand zu verhindern,
  - zu garantieren, dass die Versorgerinnen und Versorger Einweisungen nach Indikationen vornehmen und nicht nach Verfügbarkeit von Plätzen bzw. finanziellen Mitteln und
  - zu verhindern, dass gewisse Angebote ganz fehlen werden?

Ernst Wohlwend  
Hans Peter Amstutz  
Urs Kaltenrieder

Rolf Krämer  
Liliane Waldner  
Barbara Marty Kälin  
Susi Moser-Cathrein  
Dr. Ueli Mägli  
Peter Oser  
Franz Signer  
Willy Spieler  
Ruedi Keller  
Jean-Pierre Kuster

Jacqueline Fehr  
Peter Stimemann  
Crista Weisshaupt Niedermann  
Mario Fehr  
Aurelia Favre  
Ruedi Winkler  
Rodolfo Keller  
Ulrich Schäpper  
Dr. Leo Gehrig  
Vreni Püntener-Bugmann

Dr. Sebastian Brändli  
Dr. Thomas Huonker  
Christoph Schürch  
Regina Bapst-Herzog  
Vreni Müller-Hemmi  
Dorist Gerber-Weeber  
Hartmuth Attenhofer  
Béatrice La Roche-Kronauer  
Heidi Hofmann  
Liselotte Illi  
Franz Cahannes  
Walter Linsi  
Esther Knecht  
Anna Guler  
Roland Brunner  
Dr. Marlies Voser-Huber  
Hanspeter Lienhart  
Heini Bloch  
Dr. Markus Notter  
Martin Bornhauser  
Dr. Hansruedi Fischer  
Ruth Genner  
Irène Meier

Dr. Hans Sigg  
Dr. Marie-Therese Büsser-Beer  
Heidi Müller  
Esther Holm  
Renata Huonker  
Felix Müller  
Verena Wiesner  
Daniel Vischer  
Markus Eisenlohr  
Daniel Schloeth  
Gabi Petri  
Dr. Josef Gunsch  
Martin Ott  
Susanne Huggel-Neuenschwander  
Walter Kramer  
Kurt Wottle  
Ernst Frischknecht  
Hans-Rudolf Winkelmann  
Helen Kunz  
Erwin Kupper  
Christine Schwyn  
Anjuska Weil

Begründung:

Im Rahmen seiner Sparbemühungen wies der Kanton Zürich sämtliche Heime, welche kantonale Betriebsbeiträge erhalten, an, die Versorgungstarife um 25 bis 40 Prozent zu erhöhen. Die Stadt Zürich, auf deren Heimangebot die angrenzenden Bezirke stark angewiesen sind, hat in einem ab 10. Januar 1993 gültigen Reglement festgelegt, dass die Versorgungstarife für Nicht-Stadtzürcherinnen und -zürcher künftig die Netto-Betriebskosten decken sollen. Der Grund für diese Massnahme besteht darin, dass die Kantonsbeiträge an kommunale Heime weit geringer sind als an die privaten. Die Stadt Zürich hat deshalb bisher die Defizite ihrer Heime weitgehend selbst getragen. Damit deckte sie auch einen sehr hohen Teil der Kosten für die in ihren Heimen platzierten Kinder und Jugendlichen der übrigen Zürcher Gemeinden. Aus dem gleichen Grund baut die Stadt Zürich ihr Angebot an Heimplätzen ab.

Aufgrund dieser Sparmassnahmen ist zu befürchten, dass es für die Bezirke ausserhalb der Stadt Zürich zu einem Vollzugsnotstand kommen wird, indem Gemeinden und Schulgemeinden künftig nur noch in Ausnahmefällen bereit sein werden, so hohe Taxen zu finanzieren. Zudem dürfte die Verknappung des Heimangebotes bewirken, dass Versorgerinnen und Versorger künftig Plätze kaum mehr nach Indikation auswählen können, sondern nehmen müssen, was gerade verfügbar ist.